

Dr. Wolfgang Gern, Frankfurt am Main
Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau
sowie Sprecher der Nationalen Armutskonferenz

Reiches Land – Arme Kinder

Acht Thesen - Langfassung
Rüsselsheim, 26. September 2009

*Die Stärke unserer Gesellschaft misst sich
am Wohl der Schwachen.*
Helmut Simon

Armut und Reichtum sind ein öffentliches Thema geworden. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beschreibt wachsende Armut auf dem Höhepunkt der Reichtumsentwicklung. In diesem Zusammenhang gerät die Entwicklung der Vermögen zunehmend in die Kritik. Lange gab es in der Bundesrepublik einen Fahrstuhleffekt. Alle hatten Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung. Aus dem Fahrstuhleffekt ist ein Paternostereffekt geworden: Während es für die einen nach oben geht, geht es für die anderen nach unten.

Dieses Bild der Aufzugsgesellschaft, in der es allen besser geht, die Reichen zwar reicher wurden, es den Ärmern aber auch besser geht, wird der Wirklichkeit nicht mehr gerecht. Aus der Aufzugsgesellschaft ist längst eine Paternostergesellschaft geworden. Die ehemals sichere Mittelschicht erodiert an ihren Rändern aus. Kinder mit guter Ausbildung bekommen keine Jobs, hangeln sich von einem Praktikum zum nächsten, von einem Zeitvertrag zum nächsten. Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt auf, dass von Armut vor allem betroffen sind: Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund. Auf dieses Grundproblem muss eine sozialpolitische Antwort gegeben werden.

Es geht in diesem Zusammenhang zunächst um die sozialen Grundrechte und um die Frage des sozialen Ausgleichs der Gesellschaft. Es geht nicht nur um von oben her zuerkannte Teilhabe, sondern um Beteiligung der Betroffenen, um Sozialität und Solidarität – wie es einst der Tübinger Rechtsgelehrte Ludwig Raiser für die Menschen-

rechtsdebatte eingefordert hat. Ja, es geht auch um den Anspruch auf sozialstaatliches Handeln. Wo Ungleichheiten entstehen, wird auch Teilhabe und Beteiligung gefährdet.

Wer heute von sozialen Grundrechten spricht, muss anknüpfen an der Entwicklungsdebatte der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Als im Jahre 1966 in der Ökumenischen Diskussion des Weltkirchenrates der Begriff „Verantwortliche Weltgesellschaft“ geprägt wurde, betonte zeitgleich der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ in Artikel 11 „das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie“. Erich Fromm spricht in diesem Zusammenhang von einem angeborenen Recht – unabhängig davon, ob der Betreffende für die Gesellschaft von Nutzen ist. Insofern ist die Frage nach sozialem Ausgleich bei uns zugleich eine Frage nach internationalen Verhaltens- und Sozialrechtsstandards, wie sie die Vereinten Nationen im Jahre 1995 eingefordert haben.

Insgesamt kommt es darauf an, dass wir die Hoffnung auf den von Gott geliebten Menschen und die Menschlichkeit des Menschen nicht verlieren, dass wir uns also mit Gleichgültigkeit, Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit nicht abfinden. Und dass wir im Gedächtnis behalten: Auch unser Staat lebt von Voraussetzungen, die er sich selbst nicht geben kann, er lebt von Werten, die zu Menschenwürde, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität beitragen.

Wachsende Armut – ein Armutszeugnis einer reichen Gesellschaft

These 1: Wachsende Armut auf dem Höhepunkt der Reichtumsentwicklung ist ein Skandal. Sie schränkt auf Dauer die Entfaltungsmöglichkeiten vieler Familien mit ihren Kindern ein. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt: Die Schere zwischen arm und reich hat sich weiter geöffnet. Jeder vierte Bundesbürger ist arm oder von Armut bedroht. 13 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, weitere 13 Prozent erhalten staatliche Sozialtransfers, damit sie nicht in Armut geraten.

Besonders Kinder sind von Armut betroffen, dabei vor allem Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund. Die Zahl der Kinder in Fa-

millien mit Einkommen in Höhe des Existenzminimums hat sich in den letzten vier Jahren seit Einführung von Hartz IV auf 2,2 Millionen verdoppelt. Insgesamt leben sogar 3 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Armut, von insgesamt 14,5 Millionen in dieser Altersgruppe. Sie erfahren unmittelbar, dass Armut Ausgrenzung heißt und dass sie nicht mithalten können – von der Schule über die Freizeitgestaltung bis zum Kindergeburtstag. Wir beobachten zudem, dass Kinder bei schlechter Ernährung auch häufiger krank werden.

Der Bericht zeigt auch, dass der Niedriglohnsektor Armut verursacht. Wachsend viele sind trotz Arbeit arm. Der Niedriglohnsektor wächst in Deutschland wie in keinem anderen westeuropäischen Land. Das Problem der „Working poor“ nimmt zu. Im übrigen müssen 1,3 Mio. Erwerbstätige ihr äußerst niedriges „Gehalt“ durch Hartz-IV aufstocken. Auch Langzeitarbeitslose kommen trotz Hartz IV nicht aus der Armutsfalle. Für viele Menschen, die seit langem arbeitslos sind, hat sich die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz nicht erfüllt. Sie werden aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Erwerbstätigkeit finden, die ihre Existenz sichert. Häufig gibt es Vermittlungshemmnisse, die auch mit fehlenden Bildungsabschlüssen und fehlenden Qualifikationen zu tun haben.

Der Bericht zeigt schließlich: Durch die wachsende Armut wird auf Dauer die Altersarmut vorangetrieben – und die gesetzliche Rentenversicherung noch mehr geschwächt. Eine Friseurin braucht heute schon 45 Jahre Lebensarbeitszeit, um auf eine Rente über dem Existenzminimum zu kommen.

Fazit ist: Armut ist und wird immer mehr ein dominantes Problem vieler Familien. Dies wird besonders deutlich in den sozialen Brennpunkten der Großstädte. Aber die Armutserfahrungen reichen auch längst in die Mittelschicht hinein. Immer mehr Menschen aus der Mittelschicht geraten in prekäre Lebensbedingungen und rutschen in Armut. Die Einkünfte der Reichen dagegen sind gewachsen.

These 2: Armut und Verarmung in einem der reichsten Länder der Erde sind „gemacht“. Sie sind kein Naturereignis, sondern Resultat politischer und ökonomischer Entscheidungen. Alle empirischen Untersuchungen belegen, dass es einen Zusammenhang zwischen Armutsentwicklung und Ausstattung des Sozialstaa-

tes gibt: Überall dort, wo es einen ausgebauten Sozialstaat gibt, ist die Armutsquote niedrig. In Skandinavien gibt es keine nennenswerte Armut. Ein ausgebauter Sozialstaat ist der beste Schutz gegen Armut. Skandinavien liegt in allen Positionen vorne: Gutes Wirtschaftswachstum, Frauenerwerbsbeteiligung, gute öffentliche Ausstattung sozialer Dienste, keine Kinderarmut. Deutschland befindet sich bei einem aktuellen Ranking der EU-Länder zu verschiedenen Dimensionen „Einkommensverteilung und soziale Sicherheit“ im EU-Vergleich auf Platz 9, in der Dimension „Inklusion in den Arbeitsmarkt“ sowie „Bildung und Ausbildungschancen“ auf Platz 18, bezüglich „Geschlechtergleichstellung“ und „Generationenverhältnis“ sogar auf Platz 23.

Während Deutschland so reich ist wie nie zuvor, befindet sich die Steuerquote im Sinkflug. Es waren steuerpolitische Maßnahmen insbesondere der letzten Bundesregierung, die dazu beigetragen haben, dass das Steueraufkommen sich drastisch reduziert hat. Der gesellschaftliche Reichtum ist in den letzten Jahren durch die Politik entlastet worden und wird nicht mehr zum Wohlstand eines Gemeinwesen herangezogen, wie es nötig wäre. Deshalb brauchen wir keine Diskussion über Steuersenkung, sondern eine Debatte darüber, wie der Sozialstaat ausgebaut und finanziert werden kann.

These 3: Ein Arbeitsplatz bedeutet nicht automatisch die Überwindung von Armut. Der Niedriglohnsektor wächst in Deutschland wie in keinem anderen westeuropäischen Land. Auch wenn die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den beiden letzten Jahren gesunken ist, so liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten unter der im Jahr 2000. Das heißt: Die Struktur der Beschäftigung hat sich verschlechtert. Niedriglöhne sind eine Massenerscheinung. Der Niedriglohnsektor steigt in Deutschland wie in keinem anderen Land Westeuropas. Viele Niedriglöhner verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. Der Anteil der geringqualifizierten Niedriglöhner ist seit 1995 von 33,5 Prozent auf 26,4 Prozent zurückgegangen. Die Eigenschaft einer qualifizierten „Reservearmee“ macht die hohe Flexibilität des Niedriglohnsektors aus, der auch durch eine Bildungsoffensive nicht geändert, sondern eher ausgebaut wird.

Die 5,6 Mio. Niedriglohnbeschäftigten verdienen in Westdeutschland im Durchschnitt 6,89 Euro. Seit 2004 ist das Durchschnittseinkommen im Niedriglohnsektor sogar

noch gesunken – im Westen um 4 Prozent. Wer einmal im Niedriglohn arbeitet, der sitzt fest. Arbeit schützt in diesem Land nicht mehr vor Armut. Dabei zeigt sich, dass in keinem west-, nord- oder südosteuropäischen Land das Lohngefüge vergleichbar nach unten ausfranst, da in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn fehlt, der dies verhindern könnte.

Dennoch darf von einem Mindestlohn nicht erwartet werden, dass er ein effektives Instrument zur Einkommensverteilung und zur Verringerung der Armut sei. Mit der Einführung eines Mindestlohns werden sich zwar die Stundenlöhne im Niedriglohnbereich erhöhen, aber die Nettoeinkommen der betroffenen Haushalte würden sich nur geringfügig steigern, da die Einkommen im Niedriglohnbereich durch das Arbeitslosengeld II aufgestockt werden. Dieser Zuschuss fällt bei steigendem Einkommen aber weitgehend wegfällt.

Armut wird billigend in Kauf genommen, um Niedriglöhne durchzusetzen. Niedriglöhne sind Programm, um die Lohnkosten zu senken und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Die Arbeitnehmer haben einen immer geringeren Anteil am Reichtum dieses Landes, weil die Gewinn- und Kapitaleinkommen immer weiter ansteigen. Die sinkende Lohnquote ist Ausdruck dieser Entwicklung. Die Lohnquote, der Anteil, den Arbeitnehmer vom gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum haben, ist von 72 Prozent (2000) auf 64,6 Prozent (2007) gesunken.

Vor wenigen Monaten haben sich die europäischen Wirtschafts- und Finanzminister in Slowenien getroffen. Sie haben die unerwartet hohen Lohnabschlüsse von ver.di oder der IG Metall gelobt. Wie konnte das geschehen? Die Finanzminister loben die Lohnzuwächse? Haben sie zuviel Slibowitz getrunken? Die Antwort ist einfach: Nach zehn Jahren des Schweigens konnten die Finanzminister nicht mehr über die Tatsache hinwegsehen, dass in Deutschland ein gewaltiger Lohnabstand gegenüber anderen europäischen Ländern entstanden ist. Dieser hat Deutschland einen ungeheuren Wettbewerbsvorsprung verschafft – auf Kosten der anderen Mitgliedsstaaten.

Die Arbeitnehmer haben durch Lohnverzicht die Wettbewerbsfähigkeit für den Exportweltmeister Deutschland gezahlt. Die Zahlen sprechen für sich. Nehmen wir an, 1999 wären die durchschnittlichen Lohnstückkosten in den europäischen Mitgliedsländern ungefähr gleich hoch gewesen, dann müssten für die Herstellung des gleichen Pro-

duktes in Deutschland heute 102 Euro, in Frankreich aber 116 Euro, in den Niederlanden sogar 120 aufgewendet werden. Deutschland ist immer billiger geworden, die Löhne sind hierzulande gedrückt worden.

Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft. Dies bedeutet: Arbeit ist mehr als Geldverdienen. Arbeit vermittelt in einer Arbeitsgesellschaft darüber hinaus auch Lebenssinn und Integration in die Gesellschaft. Erwerbsarbeit ist der bei weitem wichtigste Zugang zu selbstverantwortlicher Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Durch Erwerbsarbeit entfalten wir uns und tragen zur eigenen Sinnfindung bei. Auch soziale Beziehungen werden in unserer Gesellschaft im wesentlichen durch Erwerbsarbeit geknüpft und gepflegt. Daher sprechen die Kirchen im Wirtschafts- und Sozialwort von 1997 vom Menschenrecht auf Arbeit, um den Zusammenhang zwischen Selbstverantwortung und Sinnfindung, zwischen Lebensvorsorge und gesellschaftlicher Teilhabe hervorzuheben.

Aber die Kirchen sagen im Wirtschafts- und Sozialwort auch, dass unsere Gesellschaft gerade dann humaner und zukunftsfähiger wird, wenn „auch unabhängig von der Erwerbsarbeit die Chancen für einen gesicherten Lebensunterhalt, für soziale Kontakte und persönliche Entfaltung erhöht werden“. Also auch unabhängig von der Erwerbsarbeit kommt es darauf an, dass unsere Gesellschaft die Führung eines Lebens ermöglicht, das der Würde des Menschen entspricht.

Es besteht kein Zweifel: Die Menschen in unserem Land wollen durchweg einen festen existenzsichernden Arbeitsplatz haben. Sie wollen arbeiten. Die jungen Menschen wollen einen Ausbildungsplatz, der auf Dauer ihre Lebensperspektive und ihre Existenz sichert, der ihr Leben mit Sinn erfüllt und der ihre sozialen Beziehungen stärkt. Sie brauchen Unterstützung, denn sie suchen händeringend Anleitung, Begleitung und Förderung. Sie haben Sehnsucht nach guten Vorbildern.

Zugleich ist es unabdingbar, dass wir neue Wege finden müssen, Arbeit zu teilen und Langzeitarbeitslosen die gesicherte Möglichkeit des Zuverdienstes einzuräumen. In diesem Zusammenhang erinnern wir an das Wort der Diakonischen Konferenz der EKD von 2004 („Gerechtigkeit erhöht ein Volk“): „Die Politik muss sicherstellen, dass die wirtschaftliche Leistungskraft und das Sozialprodukt dem Gemeinwesen dienlich

sind. Die Aussage, dass die Wirtschaft lebensdienlich sein soll und dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt, darf keine bloße Leerformel bleiben“.

Wer verstehen will, warum gerade Arbeit, genauer Erwerbsarbeit als Integrationsfaktor gilt, der muss in die Geschichte zurückschauen. In der griechisch-römischen Antike bis ins christliche Mittelalter hinein waren die Mühen der tagtäglichen Lebensmittelbeschaffung den gesellschaftlich unteren Schichten zugewiesen. Arbeit war keineswegs ein gesellschaftlicher Integrationsfaktor – im Gegenteil. Für Aristoteles bedient sich ein freier Mann der Arbeit der Sklaven, und Thomas von Aquin hat die *vita contemplativa*, das Leben der betrachtenden Schau Gottes, als vornehmstes Tun gewertet. In der Reformation ändert sich diese Sicht grundlegend. Jede Arbeit eines jeden würdigt Martin Luther als Gottesdienst. Eine Entwicklung bricht sich hier Bahn, die zur Arbeitsgesellschaft der Moderne führt. Arbeit wird zu mehr als nur zu einem Instrument der bloßen Lebensmittelbeschaffung. Arbeit wird zu jenem Mittel, das darüber hinaus auch gesellschaftliche Teilhabe, Anerkennung, und Lebenssinn verspricht. Deshalb heißt es auch Im Sozial- und Wirtschaftswort der Kirchen: „Auch in Zukunft wird die Gesellschaft dadurch geprägt sein, dass die Erwerbsarbeit für die meisten Menschen den bei weitem wichtigsten Zugang zu eigener Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schafft. In einer solchen Gesellschaft wird der Anspruch der Menschen auf Lebens-, Entfaltungs- und Beteiligungschancen zu einem Menschenrecht auf Arbeit“ (Abs. 151).

Exkurs: Tafeln

Lassen Sie mich kurz ein Beispiel aus unserer täglichen Arbeit zur in den Thesen genannten Entwicklung nennen, dass exemplarisch für die Situation in unserem Lande steht: Es gibt mittlerweile etwa 800 registrierten Tafeln in der BRD, die tagtäglich ca. eine Million Menschen versorgen. Seit der Umsetzung der Hartz-Reformen haben wir hier einen regelrechten Gründungsboom erlebt. Jede Tafel ist notwendig, um die Menschen, die mit ihrem Regelsatz nicht mehr auskommen, zu unterstützen. Jede Neugründung oder Ausweitung ist wichtig – auch der von speziellen Kindertafeln. Dass sich über 30.000 Freiwillige engagieren, kann nur gerühmt werden. Und doch ist jede dieser Einrichtungen ein Stachel in unserem Fleisch. Sozialpolitisch kann es nicht unser Ziel sein, Zwei-Klassen-Einkaufswelten zu schaffen, in der selbst Menschen mit geringem Einkommen und Menschen mit ganz geringem Einkommen separiert werden. Der Regelsatz der Sozialleistungen muss mindestens für den Einkauf bei einem

Discounter ausreichend sein. Und er muss genauso den Betrag für ein gesundes Mittagessen in der Schule mit abdecken.

Bildung – Schlüssel für Teilhabe und Integration

These 4: **Bildung ist grundlegend für den Bestand und die Weiterentwicklung der Demokratie. Bildung ermöglicht Innovationen der Technologien sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen.** Eine gute Bildung ist die Voraussetzung für die Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen. So wichtig mehr Bildungs- bzw. Kulturangebote für Kinder aus "Problemfamilien" sind, so wenig können sie das Armutsproblem lösen. Bildung schafft die Grundlage für die entscheidenden Wege aus der Krise und sorgt auch für eine gerechtere Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen. Dafür braucht das Bildungssystem eine deutlich bessere finanzielle Grundlage – trotz der Kosten der Krise, oder vielmehr gerade deswegen! Bildung darf nicht auf (berufliche) Qualifizierung reduziert werden.

These 5: **Bildung allein schützt vor Armut nicht. Hauptproblem von Armut ist Arbeitslosigkeit und der Niedriglohnsektor, nicht zuerst Bildungsmangel.** Bildungsanstrengungen der Betroffenen wie des Staates stehen im Zentrum der Diskussion über Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nennt Bildung einen "Schlüssel für Teilhabe und Integration". Auch die EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ sieht in Bildung den entscheidenden Schlüssel gegen Armut.

Aber – die Mehrheit der Beschäftigten im Niedriglohnsektor hat eine Berufsausbildung. Bildungsdefizite sind nicht allein das Grundmotiv für Armut. Massenarbeitslosigkeit resultiert nicht zuerst aus mangelnden Bildungsbemühungen. Es fehlen Arbeitsplätze, die vor Armut schützen. Armut und Arbeitslosigkeit sind kein individuelles Schicksal, das durch individuelle Bildungsbemühungen behoben werden kann. Kontraproduktiv wirken die Beschneidung der Lernmittelfreiheit (Verpflichtung der Eltern zur Zahlung von Büchergeld), die Schließung von (Schul-)Bibliotheken aus Kostengründen und die Einführung von Studiengebühren. Wer eine bessere Bildung will, der muss über Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen reden. Bildung kostet Geld und ist deshalb nicht ohne Umverteilung zu haben.

Natürlich muss in diesem Zusammenhang auch das Thema Transferleistungen angesprochen werden. Das Kindergeld spielt in Mehrkinderhaushalten und bei Alleinerziehenden mit ihren Kindern eine große Rolle und macht 15 – 20 Prozent des Einkommens aus. Es trägt aber nicht dazu bei, den Kindern und Familien, die besonders von Armut betroffen sind, nachhaltig zu helfen. Ich plädiere für eine Kindergrundsicherung (etwa in Höhe von 500 Euro), die der allgemeinen Besteuerung unterworfen wird. Dadurch könnten alle Zuschläge vereinfacht und den besonders betroffenen Familien geholfen werden.

These 6: Für Bildung ist das verfügbare Einkommen die wichtigste Voraussetzung – wie es für andere Lebenslagen auch gilt (Gesundheit, Erziehung, kulturelle Beteiligung, soziale Integration). Viele Untersuchungen zu Armut bestätigen, dass Einkommen die zentrale Ressource für die Lebensbedingungen ist. Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbschancen, wirkt sich aber weniger nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist oder Kapital besitzt. Wenn die soziale Vererbung der Armut durch schon im Kindesalter wirksame Selektionsmechanismen bekämpft werden soll, ist ein quantitativer Ausbau und eine qualitative Verbesserung des Bildungssystems der Bundesrepublik vom Elementarbereich bis zum Hochschulwesen unerlässlich. Die soziale Selektivität unseres Bildungssystems ist auch international das Hauptthema, wie PISA und der UN-Beauftragte Munoz dargelegt haben. Trotz vieler Beschwörungen in punkto Bildung ist Deutschland an zweitletzter Stelle der OECD-Staaten bei den Investitionen in Bildung (bezogen auf das BIP).

Das Konjunkturpaket II enthält eine bildungspolitische Richtungsentscheidung durch die Hintertür: Bildung bekommt Geld, insgesamt mehr als 8,8 Mrd. Euro. Ist sichergestellt, dass die Gelder dorthin fließen, wo sie dringendst gebraucht werden: in den Stadtteilen der Armen, der Migranten etc.? Oder dienen die Gelder den Exzellenzuniversitäten vorrangig? Der Gesetzgeber hat nicht sichergestellt, dass die besonders benachteiligten Einrichtungen (wie KITAs) davon profitieren.

Sozialstaat – eine kulturelle Errungenschaft

These 7: **Wer Armut überwinden will, muss zum sozialen Ausgleich beitragen. Das ist möglich, denn Deutschland war noch nie so reich wie heute. Aber offensichtlich ist der Reichtum ungleich verteilt.** Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann hat in einer großen Grundgesetzrede im Jahre 1974 auf den engen Zusammenhang von Demokratie und sozialer Balance hingewiesen: Demokratie und soziale Fürsorge gehören zusammen, Demokratie braucht Sozialstaat. Im übrigen hat es Staaten gegeben, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch die wachsende Spannung zwischen arm und reich auseinandergefliegen sind – von der Demokratie in die Diktatur gestürzt sind. Ich denke dabei an viele Länder Südostasiens, vor allem an die Philippinen unter Ferdinand Marcos.

Demokratie und soziale Balance gehören zusammen. Das Prinzip der Subsidiarität hat dabei geholfen: Hilfe zur Eigenständigkeit, dem Schwachen aufhelfen. Wo eigenverantwortliches Handeln an seine Grenzen stößt, hilft, korrigiert und balanciert die Gemeinschaft. Das heißt: Reichtum darf nicht bei sich selbst bleiben, sondern muss in einen Segenskreislauf einmünden, von dem die Gesamtgemeinschaft – und in ihr besonders die Schwächsten – profitiert. Mitmenschliche Solidarität und ökonomische Rationalität sind aufeinander angewiesen. Sonst knallt die Gesellschaft auseinander.

Der frühere Bundesrichter Helmut Simon, der große Rechtsexperte des Sozialstaats, hat nach der Vereinigung im Jahre 1991 dafür plädiert, aus dem Entwurf für eine neue Schweizer Verfassung den Satz „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ ins Grundgesetz zu übernehmen. Bei allem Respekt vor dem Grundgesetz: Dieser Satz in seiner schlichten Klarheit hätte den Charme gehabt, viele gleichmeinende Einzelaussagen zu bündeln. Simon hatte ja diesen Vorschlag gemacht, den quasi übriggebliebenen marktwirtschaftlichen Teil Deutschlands und Europas zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu verpflichten, um damit deutlich zu machen: Der Sozialstaat ist nicht ein Anhängsel der Marktwirtschaft, sondern eine kulturelle Errungenschaft. Und gerade die Schwächeren sollen spüren können, dass Politik angewandte Liebe zum Leben ist und durch mitleidenschaftliches Handeln füreinander geprägt ist. Und unsere Demokratie wird auf Dauer nur lebensfähig sein, wenn sie soziale Gerechtig-

keit praktiziert und wenn soziale Gerechtigkeit dauerhaft in unserer Rechtsordnung verankert ist.

In diesem Zusammenhang darf das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen mit seiner Forderung nach einem Armut- und Reichtumsbericht nicht unerwähnt bleiben. Wir brauchen Armutsberichte nicht als Leistungsschau von Sozialministerien, sondern als Frage an die Gesellschaft, wie sie den gerechten Ausgleich herzustellen gedenkt. Im Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen heißt es: „Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird ... Werden die Vermögen ... nicht in angemessener Weise zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben“ (Abs. 220). Wenn die Lasten neu verteilt werden, kommt unsere Gesellschaft an einer ernsthaften Bekämpfung von Steuerhinterziehung nicht vorbei. Im übrigen sind wir in der Gefahr, dass aus der Wertegesellschaft eine Wertpapiergesellschaft wird.

Verteilungsgerechtigkeit ist also nicht nur eine Frage kurzfristiger politischer Entscheidungen, sondern eine entscheidende Frage der Kultur unseres Zusammenlebens. Der Schweizer Schriftsteller Jeremias Gotthelf gibt dabei einen hilfreichen Hinweis. Gotthelf hat in den Jahren 1843/44, also kurz vor 1848 einen zweiteiligen Roman geschrieben – mit dem Titel „Geld und Geist“. Es geht dabei um den Streit und den Unfrieden um Geld und Besitz im bäuerlichen Milieu. Der Roman zielt auf die Frage, wes Geistes Kind wir sind: ob wir teilen können, ob wir ab- und zugeben können, oder ob wir uns egomanisch gegenseitig ausgrenzen. Jeremias Gotthelf endet mit der Weisheit, die letztlich Güte als höhere Gerechtigkeit ausweist. Gotthelf sagt es so: Nur wo der Geist eine Heimat hat, kann das Geld zum Segen werden.

Die französische Journalistin Viviane Forrester fragte in ihrem Buch „Der Terror der Ökonomie“ mit Blick auf die Arbeitslosigkeit – polemisch wie einst Luther in Richtung Werkerechtigkeit: „Welch ein Nutzen kann ein Leben haben, das sinnlos für den Profit ist? Muss man zu leben verdienen, um das Recht zu leben zu haben?“ Viviane Forrester fragt damit die Frage der Reformation, die Frage Martin Luthers: Wem verdankt sich der Mensch? Wie steht es um sein Recht, seine Rechtfertigung zum Leben? Spiegelt sich in der Verteilungsgerechtigkeit unserer Gesellschaft, dass die Leistungs-

schwachen geschützt sind? Die reformatorische Erkenntnis war und ist: Alle Menschen haben ein Recht, am wirtschaftlichen und sozialen Leben einer Gesellschaft teilzunehmen – weil jeder Mensch sich nicht seiner Leistungen, sondern der Gnade Gottes verdankt. Daher bilden sich auch in den sozialen Menschenrechten und im Tun der Barmherzigkeit Gottes Gnade ab. Die sozialen Menschenrechte gewährleisten, dass Menschenwürde nicht nur unantastbar, sondern auch unteilbar bleibt.

Aus dieser unlöslichen Verbindung aber ergibt sich ein Kriterium für die Gerechtigkeit, dessen Schärfe nicht zu überbieten ist: Es ist die Lage der Schwächsten, an der sich entscheidet, ob von Gerechtigkeit die Rede sein kann. Gerechtigkeit ist nur verwirklicht, wenn den Schwächsten die gleiche Würde zuerkannt wird wie den Stärksten. Gerechtigkeit wird da zur Farce, wo sie einseitig zugunsten des Rechtes des Stärkeren ausgelegt wird. Solche Willkür ist erst dort ausgeschlossen, wo die gleiche Würde aller Menschen als grundlegender Maßstab einer humanen Gesellschaft anerkannt wird. Dass Menschen ungleich sind, wird damit nicht geleugnet, denn darin besteht das Geheimnis der menschlichen Individualität. Doch geachtet wird diese Individualität nur, wenn sie jeder und jedem in gleichem Maße zuerkannt wird. Die gleiche Würde der Menschen ist Voraussetzung persönlicher Freiheit.

These 8: Wir brauchen heute zuerst Lösungen, die zur Überwindung der Kinderarmut, zur Verringerung des Niedriglohnssektors, zu Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung und zur Stärkung des Sozialstaates beitragen. Fünf Punkte seien genannt:

Erstens: Gemeinsam mit der Bundesregierung halten wir es für richtig, die strukturelle Förderung für Kinder auszubauen. Inzwischen ist aber an vielen Orten auch das Bewusstsein dafür gewachsen, dass die finanzielle Förderung der Familien ebenfalls gestärkt werden muss. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, das Kindergeld, den Kinderzuschlag und das Wohngeld zu erhöhen, damit Familien mit geringem Erwerbseinkommen über die Armutsschwelle gelangen. Dabei möchte ich betonen, dass mit den bisherigen Beschlüssen zur Wohngelderhöhung und der in der Diskussion stehenden Kindergelderhöhung nicht einmal das reale Wertniveau dieser Leistungen vom Jahr 2002 erreicht würde. Außerdem kommen diese Verbesserungen gerade den ärmsten Familien nicht zu Gute. Denn der Bezug von SGB II-Leistungen schließt in der Regel

Wohngeld und Kinderzuschlag aus. Und die Erhöhung des Kindergeldes würde komplett als Einkommen der SGB II-Berechtigten angerechnet, so dass sich für diese besonders armen Kinder und Jugendliche nichts verändern würde. Der Regelsatz für Kinder könnte sofort steigen, wenn die normativ gesetzten Grundlagen verändert würden. Denkbar wäre z.B. die Anrechnung von Bildungsbedarf oder ein Zuschuss für den Beitrag im Sportverein oder der Musikschule. Schließlich könnte aktuell wie in der Zeit der ersten rot-grünen Bundesregierung das Ziel verfolgt werden, die anstehende Kindergelderhöhung durch eine Freibetragsregelung auch den Kindern im SGB II- und im SGB XII-Bezug zu Gute kommen zu lassen.

Zweitens: Damit sich die Lebensbedingungen der jungen Menschen ändern, ist rasches Handeln gefragt. Einen begrüßenswerten Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales stellt das „Schulmittelbedarfspaket“ dar. Bedauerlich ist allerdings, dass dieser Vorschlag zum aktuellen Schuljahresbeginn immer noch nicht beschlossen wurde, obwohl er nun schon zehn Monate alt ist. Die Politik ist sich einig: Bereits morgen könnten Lernmittelfreiheit, ein kostengünstiges Mittagessen in der Ganztagsbetreuung oder der Ganztagschule und kostenloser Schülertransport mindestens für arme Kinder überall zum Rechtsanspruch werden. Bund, Länder und Kommunen müssen endlich klären, wer auf welcher Ebene die Verantwortung dafür trägt. Die Erhöhung der staatlichen Unterstützung von Kindern darf nicht im Zuständigkeitsstreit zwischen den unterschiedlichen Finanziers aufgeweicht oder gar verhindert werden.

Kurz gesagt: Wir brauchen Lösungen, die Familien mit Kindern helfen und die zur Überwindung der Kinderarmut beitragen. Der Kinderbetreuung und der Ganztagschule muss bundesweit ein besonderes Augenmerk gelten. Die Lernmittelfreiheit muss schnell Standard werden – ebenso wie der Mittagstisch in der Schule. Das Existenzminimum beim Kinderregelsatz von Hartz IV muss neu definiert werden. Bis dahin sollte er um mindestens 20 Prozent steigen.

Drittens: Zu viele sind trotz Arbeit arm. Der gesetzliche Mindestlohn muss Standard werden. Aber er allein schützt vor Armut nicht. Das erfahren besonders die Familien in der unteren Mittelschicht. Daher ist darauf zu achten, dass die Mittelschicht steuerlich entlastet und vor dem Armutsrisiko geschützt wird. Mehr berufliche Bildung und ande-

re Arten der Qualifikation sind notwendig, damit Arbeitsmarktpolitik zu Arbeitsplätzen führt, die auch mit einem Mindestlohn weltweit konkurrieren können. Der Ausweitung des Niedriglohnsektors muss entgegengewirkt werden. Und für Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit – und vor allem für solche mit Vermittlungshemmnissen – brauchen wir öffentlich geförderte Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs.

Viertens: Wir beobachten auch, dass die soziale Infrastruktur in sozialen Brennpunkten in den letzten Jahren immer mehr geschwächt wurde. Wir brauchen verstärkt Maßnahmen, die soziale Ausgrenzung überwinden helfen. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist dabei eine Möglichkeit. Zugleich sind flankierende Maßnahmen in der Kindertagesstätte, in der Jugendhilfeeinrichtung und in der Schule vonnöten, um durch bessere Ausstattung sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken – und um durch bessere Vernetzung aller Beteiligten am Ort zu mehr Solidarität beizutragen.

Fünftens: Last but not least: Nur ein starker Steuerstaat kann ein starker Sozialstaat sein. Laut Artikel 14 und Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat, der auch durch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums für sozialen Ausgleich sorgt. Daher muss die Diskussion über Steuerpolitik die Fragen von Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer deutlich einbeziehen. Wo zehn Prozent der Bevölkerung über 40 Prozent des Geldvermögens in ihrer Hand haben – in Deutschland ist dies der Fall – da darf es in dieser Hinsicht keine Tabus geben. Wer jedoch über Reichtum nicht reden will, der soll auch über Armut schweigen.

Das bedeutet: Jede arme Frau, jeder arme Mann und jedes arme Kind sind genau ein armer Mensch zu viel. Die Bundesrepublik Deutschland muss deshalb die Chance nutzen und das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ambitioniert gestalten. „We can!“ Es hängt am politischen Willen – und es hängt an uns, denn wir sind die Zivilgesellschaft, die Partei nimmt für den sozialen Ausgleich. So will es das Grundgesetz – und so wollen wir es.

Zusammenfassend: Was wir gegenwärtig erleben, ist nicht nur eine Finanzkrise, sondern eine Krise der geistigen und moralischen Orientierung. Die Politik nach dem Motto „weniger Staat und mehr Markt“ ist gescheitert. Jene Finanzakteure, die nur auf die selbstheilenden Kräfte der Märkte gesetzt haben, sind wesentlich für die jetzige

weltweite Krise verantwortlich. Es ist skandalös, dass, nachdem jahrelang die Gewinne immer stärker individualisiert wurden, die Verluste nun sozialisiert werden müssen. Bei den bisher genannten Milliardensummen darf aus der Finanzkrise keine weitere Verschärfung der sozialen Krise werden, wenn die nötigen Mittel später im Bundeshaushalt irgendwo eingespart werden sollen. Wir brauchen Rettungspakete für die Stärkung des Sozialstaates, damit die Rettungshäuser für junge Menschen à la Johann Hinrich Wichern überflüssig werden.

Der Theologe Karl Barth – das sei abschließend angehängt – wurde nach einem Gottesdienst von einem Gemeindemitglied gefragt: Werde ich meine Lieben im Himmel wiedersehen? Darauf antwortete er: Ja, aber die anderen auch! „Die anderen auch“ – das ist der *cantus firmus* des Sozialstaates. Gerechtigkeit entscheidet sich am Wohl des anderen – und an meinem Wohl. Und nur gemeinsam – können wir leben.